



**HESSISCHER LANDTAG**  
**DER PRÄSIDENT**  
**I A 3.8**

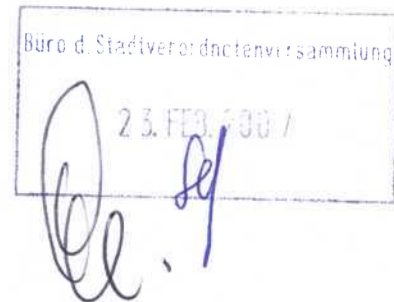
**65183 WIESBADEN,** 21.02.2007  
SCHLOSSPLATZ 1-3

TELEFON:  
SAMMELNUMMER (0611) 3500  
DURCHWAHL (0611) 350 238  
TELEFAX (0611) 350 459

HESSISCHER LANDTAG " POSTFACH 3240 • 65022 WIESBADEN

Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadt Offenbach am Main  
Stadtverordneten-Büro

63061 Offenbach am Main



Eingabe vom 02.02.2007,  
hier eingegangen am 06.02.2007

- Landesentwicklungsplan (LEP) Erweiterung Flughafen Frankfurt am Main -

**Petition Nr. 05630/16**

**Bitte die Petitionsnummer künftig stets angeben!**

**Zur Bearbeitung Ihrer Petition werden die erforderlichen Angaben in einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage gespeichert.**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Ihre oben bezeichnete Eingabe habe ich dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Die Bearbeitung wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Der Beschluss des Landtags wird Ihnen alsbald nach Abschluss der Beratung mitgeteilt werden.

Darüber hinaus habe ich Ihre Eingabe auch an die Fraktion der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP im Hessischen Landtag zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

Friedrich i.V.



**HESSISCHER LANDTAG**  
**DER PRÄSIDENT**  
**I A 3.8**

**65183 WIESBADEN,** 31.05.2007  
SCHLOSSPLATZ 1 - 3

TELEFON:  
SAMMELNUMMER (0611)3500  
DURCHWAHL (0611) 350 238  
TELEFAX (0611) 350 459

HESSISCHER LANDTAG • POSTFACH 3240 • 65022 WIESBADEN

Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadt Offenbach am Main  
Stadtverordneten-Büro

63061 Offenbach am Main



Beschluss des Hessischen Landtags zur **Petition** Nr. **05630/16**

Eingabe vom 02.02.2007

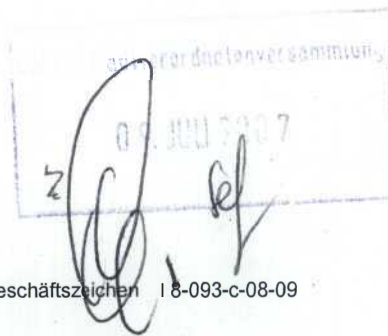
Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

der Hessische Landtag hat in seiner 134. Plenarsitzung am 30.05.2007 beschlossen, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, Sie über die Sach- und Rechtslage, insbesondere über die Beschlussfassung des Landtags zu den Anträgen Drucks. 16/6067 und 16/7340, zu unterrichten.

Sie werden von dem zuständigen Ministerium weitere Nachricht erhalten.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

  
Dingeldein



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und  
Landesentwicklung, Postfach 31 29, 65021 Wiesbaden

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadt Offenbach am Main

63061 Offenbach (Main)

Geschäftszeichen | 8-093-c-08-09

Dst.-Nr. 0458  
Bearbeiter/in Herr Franke  
Telefon 815 - 2275  
Telefax 815 - 2239  
E-Mail hansulrich.franke@hmvwl.hessen.de  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom 02. Februar 2007

Datum 04. Juli 2007

**Petition Nr. 5630/16  
betreffend Landesentwicklungsplan (LEP) Erweiterung Flughafen Frankfurt am Main**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Lehmann,

mit Schreiben vom 02. Februar 2007 hatten Sie im Namen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach am Main beim Präsidenten des Hessischen Landtags eine Petition eingereicht. Gegenstand dieser Petition war die anstehende Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 zur Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main. Nach § 8 Abs. 4 Satz 1 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) bedarf die Änderung des Landesentwicklungsplans der Zustimmung des Landtags. Mit obiger Petition hatte die Stadtverordnetenversammlung gefordert, diese Zustimmung zu versagen.

In der 134. Plenarsitzung am 30. Mai 2007 hat der Landtag beschlossen, die Petition der Landesregierung mit der Bitte zu überweisen, die Petentin über die Sach- und Rechtslage, insbesondere über die Beschlusslage des Landtags zu den Anträgen Drucks. 16/6067 und 16/7340, zu unterrichten. Dieser Aufforderung komme ich hiermit nach.

Mit Drucksache 16/6057 (der Beschluss des Landtags erwähnt irrtümlich die Drucksache 16/6067) hatte die Landesregierung die Zustimmung des Landtags zur Verordnung über die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000 – Erweiterung Flughafen Frankfurt/Main beantragt. Zu diesem Antrag hat der Landtag am 15. und 16. Februar sowie am 16. März 2007 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Hierbei hatten insbesondere auch die Vertreter der Stadt Offenbach die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Auffassung zum Flughafenausbau darzulegen. Am 31. Mai 2007 hat der Landtag mit großer Mehrheit entschieden, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen. Die Verordnung zur Änderung des Landesentwicklungsplans wird demnächst im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht werden und Tage nach der Verkündung in Kraft treten.

Parallel zur Zustimmung zur Änderung des Landesentwicklungsplans hat der Landtag auch dem mit Drucksache 16/7340 eingebrachten begleitenden Antrag zugestimmt. Dieser Antrag ist als Anlage zu Ihrer Unterrichtung beigefügt. Wie Sie diesem entnehmen können, hat der Landtag darin verschiedene Erwartungen hinsichtlich des Fortganges des Ausbauverfahrens geäußert.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



(Werner Müller)





# HESSISCHER LANDTAG

10. 05. 2007

Dem  
Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr  
überwiesen

**Antrag  
der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP  
betreffend Ausbau des Frankfurter Flughafens - Mediationsergebnis  
verwirklichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag beschließt erstmals über den Hessischen Landesentwicklungsplan. Dies stellt einen Meilenstein in der parlamentarischen Arbeit dar, da die Entscheidungskompetenz des Parlaments wesentlich erweitert wird. Bei dem wichtigen Projekt des Frankfurter Flughafens will der Hessische Landtag zum einen deutlich machen, dass bei seiner Entscheidung auch über die reinen Raumordnungsfragen hinausgehende Erwägungen von Bedeutung sind. Zum anderen wird eindeutig klargestellt, dass der Landtag in keiner Weise beabsichtigt, in die Planfeststellungskompetenz des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und seine eigenständige Ermessensausübung einzugreifen.
2. Der Hessische Landtag knüpft an das Ergebnis des Mediationsverfahrens an mit seinen untrennbaren Komponenten: Optimierung des vorhandenen Bahnsystems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr, Anti-Lärm-Pakt und Einführung eines regionalen Dialogforums. Eine positive Beschlussfassung geschieht in der Absicht, den Vorschlag der Mediatoren zu verwirklichen, die eine noch bessere Auslastung der vorhandenen Start- und Landebahnen und den Ausbau des Flughafens für notwendig erklärten.
3. Der Hessische Landtag begrüßt die Arbeit des Regionalen Dialogforums. Die durch die Gutachten gewonnenen Erkenntnisse in den wissenschaftlichen und juristischen Fragen müssen ebenfalls in die abschließenden Bewertungen eingehen. Der Landtag würde es sehr begrüßen, wenn es vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses eine über das Mediationsergebnis hinausgehende Einigung über Details der Realisierung des Ausbaus geben könnte, um diese Vorstellung noch vor der Planfeststellung einbringen zu können. Hierzu gehören insbesondere die Umsetzung der von den Mediatoren empfohlenen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in besonders sensiblen Zeitbereichen, die Senkung des Dauerschallpegels, die Begrenzung der Einzelschallereignisse in der Nacht sowie die Einhaltung der Zumutbarkeitsgrenzen durch Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes. Das betrifft insbesondere Details zur Ausgestaltung des Anti-Lärm-Paktes und des Nachtflugverbotes. Die Landesregierung wird gebeten, die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen des Regionalen Dialogforums, soweit es gesetzlich möglich ist, in die Planfeststellung zu übernehmen.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Jahre 2008 eine Verkehrskonferenz durchzuführen, die sich mit den durch den Ausbau ergebenden und nicht im Planfeststellungsbeschluss berücksichtigten Veränderungen auseinandersetzt und ein entsprechendes Maßnahmenkonzept erarbeitet.

Wiesbaden, 10. Mai 2007

Für die Fraktion der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Wintermeyer**

Für die Fraktion der SPD  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ypsilanti**

Für die Fraktion der FDP  
Die stellv. Fraktionsvorsitzende:  
**Henzler**